

Rede von Willy Brandt über die Verantwortung der Deutschen gegenüber Europa (Düsseldorf, 30. November 1967)

Legende: Auf der Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 30. November 1967 betont Willy Brandt, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland (BRD), die Bedeutung guter Beziehungen zwischen West- und Osteuropa für die Schaffung einer europäischen Friedensordnung.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 01.12.1967, Nr. 139. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. "Deutsche Politik in europäischer Verantwortung", auteur:Brandt, Willy , p. 1173-1177.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_uber_die_verantwortung_der_deutschen_gegenuber_europa_dusseldorf_30_november_1967-de-d7e36a61-2a9f-4f4a-be01-4d1d88b39fc5.html

Publication date: 03/07/2013

Vortrag von Willy Brandt auf der Jahrestagung des Kuratoriums der Friedrich Ebert-Stiftung in Düsseldorf (30. November 1967)

Vor einem Jahr konnte ich an der Tagung des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung in Hamburg leider nicht teilnehmen. Damals fiel gerade die Entscheidung der beiden großen Parteien, zur Stabilisierung von Staat und Wirtschaft in einer Großen Koalition zusammenzuarbeiten. Damals ging es in erster Linie darum, Ordnung in die zerrütteten öffentlichen Finanzen zu bringen, die wirtschaftliche Rezession nicht in eine bössartige Krise ausarten zu lassen und die Voraussetzungen für neues ökonomisches Wachstum zu schaffen. Es ging aber auch darum, außenpolitische Gefahren abzuwehren und für die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik, nach innen und nach außen, zu sorgen.

Fundamente der Außenpolitik der Großen Koalition

Die Außenpolitik der Regierung der Großen Koalition hat personell und politisch sichtbar auf einen tragfähigen gemeinsamen Nenner gebracht, was manche vor einem Jahr noch gern zu trennen suchten, obgleich es seit 1945 immer zusammengehörte. Ich meine die Tatsache, daß die Fundamente für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland nicht nur von Konrad Adenauer, Heinrich von Brentano und Walter Hallstein gelegt worden sind. Männer wie Ernst Reuter, Wilhelm Kaisen, Max Brauer und Hans Böckler hatten einen nicht minder wichtigen Anteil, als es darum ging, Vertrauen für Deutschland in Europa und in der Welt wiederzugewinnen. Zu diesen um die Stellung Deutschlands verdienten Männern gehört auch der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in den Nachkriegsjahren, Dr. Kurt Schumacher. Unbestritten: Er war der große Gegenspieler Konrad Adenauers, als die Weichen für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gestellt wurden. Aber so, wie der Name Dr. Adenauers mit der Aussöhnung mit Frankreich, der Schaffung der Montanunion, dem westeuropäischen Zusammenschluß, dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum atlantischen Verteidigungsbündnis verbunden ist, so steht der Name Kurt Schumachers für die Abwehr der kommunistischen Zwangsvereinigung und die politische Selbstbehauptung des freien Berlin, für das Ja der Arbeiterschaft zur Bundesrepublik Deutschland und das Bemühen um den Gleichklang von Demokratie und Nation.

Der Beitrag, den die deutschen Sozialdemokraten unter Erich Ollenhauer, Fritz Erler und anderen für Staat und Nation geleistet haben, hat sein eigenes Gewicht. Mit Wucht haben sich aber auch die von der deutschen Politik unabhängigen weltpolitischen Entwicklungen geltend gemacht. So gibt es mehr als einen Grund, weshalb sich die großen Parteien trotz der zeitweise erbitterten Auseinandersetzungen über den Kurs der deutschen Außenpolitik nicht völlig auseinander entwickelten.

Auf Entspannung und Zusammenarbeit gerichtete Europapolitik

Tatsachen und Einsichten waren stark genug, damit beide Parteien die Kraft hatten, über den Graben in unserem Teil Deutschlands zu springen, als es vor einem Jahr darum ging, die Substanz der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten und ihr in der zweiten Phase der Nachkriegszeit Stabilität und Zukunftschancen zu sichern.

Es hat Kurskorrekturen der Außenpolitik gegeben, als diese Bundesregierung ihre Arbeit begann. Wer das nicht glaubt, kann es nachlesen. Wenn sich nichts geändert hätte, dann brauchten einige Leute unsere Außenpolitik nicht anzugreifen.

Keine gelegentliche Polemik kann und darf jedenfalls etwas daran ändern, daß die deutsche Außenpolitik am Generalnenner der Friedenssicherung orientiert ist. Das gilt heute genauso wie vor einem Jahr. Dies bedeutet vor allem eine auf Entspannung, Zusammenarbeit und Zusammenschluß gerichtete Europapolitik. Das gilt auch unverändert. Und es wird weitergelten, solange ich Außenminister bin.

Die europäische Komponente hat in den deutschen außenpolitischen Überlegungen und Bemühungen nach dem zweiten Weltkrieg von Anfang an eine besondere Rolle gespielt. Nicht nur bei denen, die die offizielle Politik bestimmten, sondern auch bei denen, die sie in Frage stellten. Dies war schon deswegen natürlich, weil sich die weltpolitische Landschaft nach 1945 so sehr verändert hat.

Bei aller Unterschiedlichkeit zur internationalen Situation der Weimarer Republik hat die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in vielem aber auch an die Bemühungen anknüpfen können, die durch die Namen Friedrich Ebert, Walther Rathenau und Gustav Stresemann charakterisiert sind. Die Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet ein willkommenes Forum, über die Verantwortung der Deutschen Europa gegenüber zu sprechen. Der Sozialdemokrat Friedrich Ebert hat, zumal als Reichspräsident, diese Verantwortung stark gespürt, in der schwierigen Zeit nach dem November 1918 hat er stets bedacht, daß Europa, mochten seine Völker sich auch gerade erst in tödlicher Feindschaft gegenüber gelegen haben, auf den Beitrag des deutschen Volkes zu einer friedlichen Welt nicht verzichten konnte.

Vertrauen in die deutsche Politik

1919 sprach er davon, daß sich das deutsche Volk „Licht und Luft“ geschaffen habe. Es werde sich durchsetzen „draußen in der Welt und zu Hause“. Dabei dachte er gewiß nicht an eine neue Machtstellung Deutschlands im alten Konzert der Mächte. Er glaubte daran, das deutsche Volk werde nach den Erfahrungen des Weltkrieges Grundsätze verwirklichen, mit denen es dazu beitragen könne, daß die europäischen Völker in Frieden und Gerechtigkeit miteinander leben würden. „Ein so hartes Geschick unser Volk auch getroffen hat: an seinen lebendigen Kräften verzweifeln wir nicht!“, sagte er damals. In der gleichen Rede vor der Weimarer Versammlung am 11. Februar 1919 fügte er hinzu: „Dem Gewaltprinzip zwischen den Völkern haben wir feierlich abgesagt; auch dort wollen wir, daß das Recht und die Freiheit zur Geltung kommen.“

Frieden, Recht und Freiheit waren die Grundsätze, die Friedrich Ebert bei den lebendigen Kräften des deutschen Volkes aufgehoben wissen wollte. Durch sie sollte Deutschland einen angemessenen Platz einnehmen und eine vernünftige Funktion in Europa ausüben können. Friedrich Ebert wollte nicht, daß die vorsichtige und delikate Außenpolitik der jungen Republik ins Zwielicht und in Unaufrichtigkeit gerate. Die Wiederanknüpfung der Beziehungen zu den westlichen Ländern sollte unter Verzicht auf jede machiavellistische Doppelbödigkeit erfolgen. Dem Reichspräsidenten ging es vor allem darum, Vertrauen zu erwecken und glaubwürdig zu sein. Erst von einer im Westen geklärten Position aus sollte Deutschland den geschichtlich notwendigen Blick auf die Zusammenarbeit mit dem Osten richten.

Europäische Politik heute

Die europäische Politik, um die wir uns heute bemühen, begann nicht erst vor einem Jahr, auch nicht vor zwanzig Jahren. Sie hat weiter zurückreichende Wurzeln. Europäisches Denken spielte im vergangenen Jahrhundert eine bedeutende Rolle im Lager der europäischen Demokratie. Aber daß dann nach dem ersten Weltkrieg Männer wie Friedrich Ebert nicht nachhakig genug gehört worden sind, hat sich nicht nur für das deutsche Volk, sondern für ganz Europa als verhängnisvoll erwiesen. Und zu der Zeit von 1933 bis 1945, mit allem was sie an Irrwegen und Verbrechen beinhaltet, muß aus deutscher Sicht und an die eigene deutsche Adresse die harte Feststellung getroffen werden, daß aus dem Anspruch auf Europa der Verrat an Europa geworden ist.

Nach 1945 ist der Gedanke der europäischen Einigung vom deutschen Volk mit großen Hoffnungen aufgenommen worden. Draußen hat man den Impuls unserer öffentlichen Meinung für die europäische Orientierung gelegentlich als eine Flucht nach vorn, als eine Flucht aus der eigenen Vergangenheit gedeutet. Daran war wohl auch etwas Wahres. Aber es lag doch nahe, die Zukunft des zerstörten und geteilten Landes von Europa her neu zu überdenken.

Damals hat auch der Gedanke eine Rolle gespielt, der uns seitdem bewegt, daß die europäische Politik die bösen Erfahrungen der Vergangenheit beherzigen und überwinden sollte. Das heißt: Zusammenarbeit anstelle von zerstörerischer Rivalität. Anstelle von Vorherrschaft eines einzelnen Staates die Gleichberechtigung der europäischen Völker. Eine solche Zusammenarbeit und Einigung, daß keiner der Beteiligten hinter dem Rücken seiner Partner eine für den Frieden gefährliche Politik vorbereiten oder treiben kann. Nicht mehr wechselnde Bündnisse, sondern echte, auf die Dauer angelegte Gemeinschaften.

Es gibt für uns in Deutschland noch einen weiteren Grund für die Politik der europäischen Einigung. Durch die Teilung unseres eigenen Landes haben wir nachdrücklich erfahren, was es heißt, daß Europa geteilt ist. Und viele von uns haben gelernt, daß die Lösung der deutschen Frage davon abhängig ist, was aus dem Verhältnis zwischen den Teilen Europas wird. Europa einigen helfen kann also nicht heißen, daß man sich damit zufrieden gibt, den westlichen Teil Deutschlands dem westlichen Teil Europas einzuverleiben, über die Einigung im westlichen Teil Europas hinaus müssen die Länder Ost- und Westeuropas wieder zusammengeführt werden, unter veränderten Verhältnissen, auf neuer Basis. Das Ziel unserer Europapolitik hat mehr als den westlichen Zusammenschluß im Auge, Es gibt darüber hinaus eine deutsche Mitverantwortung für und ein eigenes Interesse an Gesamteuropa.

Langfristiges Ziel einer europäischen Friedensordnung

Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik nach 1945 fielen zusammen mit einer Periode intensiver Konfrontationen zwischen Ost und West. Die Einigung im Westen wurde von vielen verstanden als ein Teil des Kalten Krieges. Manche meinten, es ginge allein um einen Damm gegen den Kommunismus. So erhielt die europäische Politik einen allzu engen, defensiven und negativen Inhalt.

Der Kalte Krieg alter Prägung liegt hinter uns. Schwierige Auseinandersetzungen dauern an. Sie lassen sich nicht mit Illusionen bestehen. Aber sie lassen sich auch nicht bestehen, wenn man zum Gefangenen überholter Fragestellungen wird. Man muß die Fähigkeit haben, über den Tag hinauszudenken und die Aufgaben der Zukunft ins Auge zu fassen.

Ich meine, die Europapolitik ist stärker, wenn sie auf die antisowjetische Komponente verzichtet.

Ich meine, daß es nicht darum geht, Europa gegen etwas zu einigen, sondern für etwas, nämlich für das Wohl der europäischen Völker und für ihre konstruktive Rolle in der Welt.

Ich meine, unsere Europapolitik muß harmonisiert werden mit dem langfristigen Ziele einer europäischen Friedensordnung.

Manches muß anders akzentuiert werden. Dabei sind wir bereits auf gutem Weg. Nicht nur im Westen, auch im Osten wird das wohlverstandene Interesse an einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit klarer erkannt.

Das bedeutende wirtschaftliche Potential des Gemeinsamen Marktes konnte nicht übersehen werden. Auch im Osten kann man die darin liegenden wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht ignorieren, über die unterschiedlichen politischen Systeme hinweg stellt sich die Frage nach einer Zusammenarbeit, die auf realen Interessen beruht. So entspricht es den Bedürfnissen hochentwickelter Länder in Europa, die in erster Linie Kunden und erst dann Konkurrenten sind. Diesem Gesetz der industriellen Entwicklung können sich auch die osteuropäischen Länder nicht entziehen.

Die Aussöhnung und Zusammenarbeit, wie wir sie mit den osteuropäischen Völkern anstreben, sind in Westeuropa bereits erprobt und verwirklicht. Und wir wissen, daß es auf die Dauer keine erfolgreiche Ost-West-Politik gibt ohne eine solide und vorwärtsgewandte West-West-Politik.

Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft

Die Gründung der Europäischen Gemeinschaften und deren Ausbau zu einem wesentlichen Faktor der internationalen Beziehungen sind ein großer Erfolg der westlichen Politik nach dem zweiten Weltkrieg. Wir können mit Befriedigung feststellen, daß die westeuropäischen Staaten, die den Gemeinschaften ursprünglich fernstanden, nunmehr fast ausnahmslos bestrebt sind, Ihnen beizutreten oder sich mit ihnen in anderer Weise zu verbinden. Die EWG hat in den letzten Jahren so gewichtige Fortschritte erzielt, daß sie kein Mitgliedstaat mehr in Frage stellen kann, ohne selbst dabei Schaden zu nehmen.

Die Bundesregierung hält sich an das, was sie wiederholt in ihren Erklärungen gesagt hat. Dies bedeutet: Wir sind für die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, und wir bemühen uns nachdrücklich um diese

Erweiterung.

Es gibt Leute, die es für eine Schwäche halten, wenn wir dies ohne Kraftmeiertum sagen. Es gibt Leute, die uns Schaukelpolitik vorwerfen. Sie haben uns und die Situation nicht verstanden. Es geht nicht darum, weder in Paris noch in London anecken zu wollen, sondern darum, das Notwendige durchzusetzen, ohne das Bestehende aufs Spiel zu setzen.

Einbeziehung Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt

Die wirtschaftlichen Gründe, die für die Einbeziehung Großbritanniens — sowie Irlands, Dänemarks und Norwegens, deren Beitrittsanträge gleichzeitig vorliegen — in den Gemeinsamen Markt sprechen, liegen auf der Hand: Eine größere Arbeitsteilung ermöglicht eine rationellere Produktion und eine bessere Versorgung. Der intensivere Wettbewerb stärkt die dynamischen Kräfte.

Großbritannien ist ein Markt von 55 Mio Konsumenten, verglichen mit 180 Mio in der EWG und 60 Mio in der Bundesrepublik. Das Bruttosozialprodukt Großbritanniens liegt in seiner Größenordnung zwischen dem der Bundesrepublik und demjenigen Frankreichs. Der Beitritt Großbritanniens würde Produktion und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der EWG um ein Drittel erhöhen. Wenn sich auch die anderen EFTA-Länder mit der EWG verbinden, würde das wirtschaftliche Potential der Gemeinschaft um mehr als die Hälfte zunehmen.

Großbritannien hat auf einer Reihe von Gebieten bedeutende technische Leistungen aufzuweisen. So in der Raumfahrt, Luftfahrt, Raketentechnik, Atomtechnik und Computertechnik. Die Einbringung dieses Know-how in den Gemeinsamen Markt führt zu einer rascheren Produktivitätssteigerung, verstärktem Wachstum und zur besseren Behauptung gegenüber der Technik der Supermächte. Auf dem Gebiet der technologischen Zusammenarbeit in Europa hat Premierminister Wilson neuerdings wieder bemerkenswerte Vorschläge gemacht. Und ich meine, daß es angemessen ist, sich damit in Brüssel ernsthaft zu befassen.

Den gesamtwirtschaftlichen Vorteilen stehen Übergangsschwierigkeiten gegenüber, die in einzelnen Bereichen durch verschärfte Konkurrenz entstehen werden. Das gilt z. B. für den Bereich der Montanunion, der sich ohnehin in einer Strukturkrise befindet, und auch für die Textilindustrie. Dabei sind für die Bundesrepublik wichtige wirtschaftliche Interessen berührt, aber wir sind überzeugt, daß hier wie in anderen Bereichen vernünftige Übergangsregelungen gefunden werden können.

Augenblicklicher Stand der Beitrittsfrage

Lassen Sie mich zur Beitrittsfrage nach dem augenblicklichen Stand zusammenfassend folgendes sagen:

1. Die Bundesregierung wird ihre Europapolitik fortführen. Wir sind der Überzeugung, daß sich der Wunsch nach Überwindung des zwischen EWG und EFTA bestehenden Grabens und der Gedanke der wirtschaftlichen Einigung des freien Europa durch Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften letztlich durchsetzen werden.

2. Die in Brüssel begonnenen Besprechungen der Sechs müssen zunächst zu Ende geführt werden. Ein abschließendes Urteil darüber, in welchem Zeitraum Großbritannien in der Lage ist, die Bestimmungen des Rom-Vertrages und der Brüsseler Ministerratsbeschlüsse auf bestimmten Gebieten durchzuführen, kann erst gewonnen werden, wenn mit Großbritannien selbst hierüber gesprochen worden ist.

3. Wir haben den Beitritt Großbritanniens, Irlands, Dänemarks und Norwegens niemals als einen Vorgang betrachtet, der sich in ganz kurzer Frist vollziehen könnte. Die hierzu erforderlichen Verhandlungen werden Zeit in Anspruch nehmen. Aber wir hielten und halten es für falsch, die Aufnahme von Verhandlungen zu verzögern oder gar zu blockieren.

4. Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften ist aus der europäischen Diskussion nicht mehr hinwegzudenken. Die Gemeinschaften werden ihre endgültige Gestalt erst nach Lösung dieser Frage finden

können.

5. Wir wollen keine Blockierung des weiteren Fortschritts der Gemeinschaften. Jedoch ist damit zu rechnen, daß die Tendenz, nationalen Interessen den Vorrang zu geben, Auftrieb erhalten wird. Es ist zu befürchten, daß der europäische Elan, der für eine zukunftsweisende Lösung der vor uns liegenden Fragen erforderlich ist, Schaden leiden wird.

6. Ob sich realistische Möglichkeiten für handelspolitische und/oder andere Fragen oder vorweg Übergangslösungen ergeben, muß erst noch geklärt werden. Die Bereitschaft, auch über solche Schritte nachzudenken, ändert nichts an unserer Überzeugung, daß alle wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, die mit einem Beitritt Großbritanniens und der drei anderen Länder verbunden sind, lösbar sind.

Die tieferliegenden Gründe, welche Deutschland, Frankreich und England nach 1945 — wenn auch leider nicht im Dreiklang — zur Befürwortung einer Politik der europäischen Einigung veranlaßt haben, sind ähnlich. Den drei Ländern — für Italien gilt das aber auch — ist nach 1945 ein Verlust an Eigengewicht gemeinsam, den sie durch eine engere Zusammenarbeit und durch die Verbindung mit anderen europäischen Partnern kompensieren wollen. Dies ist nicht der Weg zurück zur Großmachtpolitik alten Stils, sondern dies war gedacht und ist heute gemeint als der Weg nach vorn zu einer friedensbewahrenden, produktiven, konstruktiven Rolle in der Welt.

Großbritannien hat zunächst versucht, sich durch seine historisch und kulturell gewachsene Beziehung zu den Vereinigten Staaten, seine Special relationship mit den USA die verlorengegangenen Positionen auszugleichen. Aber die weltpolitische Machtverlagerung zugunsten der Supermächte hat dem besonderen Verhältnis Großbritanniens zu den Vereinigten Staaten viel an Bedeutung genommen. Es befindet sich heute auf dem Wege zu einer enger werdenden Verbindung mit den Staaten Kontinentaleuropas.

Im Januar 1967 hat Premierminister Wilson auf einer Pressekonferenz erklärt, daß Großbritannien, wenn es Mitglied der EWG werde, sich in vollem Umfang an den politischen Diskussionen der Gemeinschaft beteiligen werde. Die Identifizierung der britischen Politik mit der wachsenden politischen Einheit des Kontinents werde zwei wichtige Folgen haben: Die Bemühungen um die Ost-West-Entspannung könnten besser koordiniert werden, und ein durch Großbritannien erweitertes Europa werde eine größere Rolle in der Welt spielen können. Dem kann ich aus deutscher Sicht nur beipflichten.

Eine ernsthafte Europapolitik, die die Grenzen des Möglichen respektiert, wird vornehmlich von den bestehenden europäischen Gemeinschaften ausgehen. In diesen ist ein Prozeß gegenseitiger wirtschaftlicher Durchdringung im Gange, der mit jedem weiteren Fortschritt immer mehr unwiderruflich gemacht wird. Ziel dieser Bestrebungen ist die umfassende europäische Wirtschaftsunion, die aus der Vielzahl der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer im Grunde eine einzige Volkswirtschaft macht. Auf dem Wege zur Verwirklichung dieses Zieles müssen auf einigen wesentlichen Gebieten wirkliche Harmonisierungen erreicht werden.

Notwendigkeit des Atlantischen Bündnisses

Wir können jedoch nicht von der Ordnung in Westeuropa und von der Friedenssicherung sprechen, ohne das nordatlantische Bündnis in unsere Überlegungen einzubeziehen. Wegen der notwendigen und erwünschten Teilnahme der Vereinigten Staaten und Kanadas reicht das Bündnis zwar über Europa hinaus, sein Schwerpunkt und seine Hauptaufgabe liegen jedoch in Europa. Dieses Verteidigungsbündnis ist und bleibt notwendig, auch wenn eine sich wandelnde Welt es ständig erfordert, seine Aufgaben und seine Methoden zu überdenken und anzupassen. Das ist im Grunde nichts Neues. Das gilt für alle Zusammenschlüsse, denn so ist das Leben.

Es ist ja bekannt, daß eine Reihe von Bündnispartnern die politische Konsultation und Koordination innerhalb der NATO gern verbessern und verstärken würde. Dies ist von uns aus gesehen zu begrüßen, denn wir haben selbst darauf hingewiesen, daß die Ost-West-Politik ein gewisses Maß an Abstimmung und Verständigung zwischen den westlichen Partnern voraussetzt. Das bleibt richtig.

Andererseits hat Frankreich den Gedanken einer „gemeinsamen Politik“ innerhalb der NATO abgelehnt. Nun geht es wohl nicht um gemeinsame Politik im eigentlichen Sinne des Wortes, aber auch über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zeitgemäßer Formen von Konsultation und Kooperation scheinen die Meinungen auseinanderzugehen. Unter diesen Umständen wird das Beharren auf hohen Ansprüchen an eine gemeinsame Politik nicht der Stärkung des Bündnisses dienen, sondern vorhandene Differenzen vertiefen statt sie auszugleichen.

Das kann nicht unser Interesse sein. Wir sehen unsere Aufgabe — gerade im Sinne unserer europäischen Verantwortung — darin, diese Fragen so zu behandeln, daß alle Beteiligten zustimmen können. Ich glaube, das wird auch gelingen. Denn die Meinungsverschiedenheiten sind weder so groß noch so grundsätzlich, wie man gelegentlich behauptet.

Dauerhafte und gerechte Friedensordnung für ganz Europa

Alle Verbündeten sind sich in Wirklichkeit darüber einig, daß das Ziel unserer Politik eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung für ganz Europa sein muß. Damit meine ich eine Ordnung, die die Ursachen der Spannung beseitigt und die Teilung Europas, die am deutlichsten in der deutschen Spaltung zum Ausdruck kommt, überwindet.

Dies ist ein Werk, an dem viele Jahre zu arbeiten sein wird. Aber schon jetzt läßt sich manche Vorarbeit leisten. An unserer Bereitschaft soll und darf es nicht fehlen.

Ohne Zweifel wird der Verzicht auf Gewaltanwendung, auf Drohung mit Gewalt, auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten mit an erster Stelle zu stehen haben, wenn von den Elementen einer europäischen Regelung die Rede ist.

Die europäische Sicherheit muß in Zukunft besser gewährleistet sein als durch ein Gleichgewicht des Schreckens, besser als durch die Anhäufung militärischer Macht inmitten unseres Kontinents. Wir arbeiten an diesen Fragen. Wir werden dazu einiges zu sagen haben, wenn die Situation es erfordert.

Bei jeder vorstellbaren gesamteuropäischen Regelung wird man ausgehen müssen von den unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen der an ihr teilnehmenden Staaten. Das Recht jedes Staates, seine politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Ordnung selbst zu bestimmen, muß gelten.

Die zwischenstaatlichen Beziehungen müssen im Einklang stehen mit den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen. Es wäre gut, wenn man dem Recht auf Freizügigkeit und auf Informationsfreiheit in Europa allgemein näher käme.

Die Friedensordnung muß allen Staaten Europas ausreichende und dauerhafte Stabilität sichern. Sie darf eine gerechte und dauerhafte Lösung der deutschen Frage weder ausschließen noch erschweren.

Aber zunächst kommt es darauf an, das zu schaffen, was man eine „Atmosphäre des Vertrauens“ nennt. Also ein Klima, in dem schließlich auch die Lösung großer politischer Fragen möglich wird.

Manche der Ost-West-Beziehungen, die in den letzten Jahren auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene entstanden sind, können dieses Klima schaffen helfen. Es bleibt trotzdem ein langer, mühsamer und wenig spektakulärer Weg. Aber er muß weiter beschritten werden.

Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten

Uns geht es dabei zunächst um einen Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den ost- und südosteuropäischen Staaten. In dem Maße, wie diese Staaten dazu bereit sind, lassen sich vielfältige und nützliche Formen der Zusammenarbeit vorstellen und entwickeln. Ansätze, die ermutigen, sind trotz aller Schwierigkeiten vorhanden.

Auch auf dem Gebiet der Abrüstung und Sicherheit, der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung könnte, das möchte ich noch einmal unterstreichen, viel getan werden.

Das deutsch-sowjetische Gespräch über wesentliche Aspekte der europäischen Sicherheit kann sich natürlich nicht außerhalb der Bündnisverpflichtungen bewegen, aber es kann über die unmittelbar Beteiligten hinaus von Bedeutung sein.

Die deutsch-rumänischen Beziehungen entwickeln sich im Rahmen der Erwartungen, die beide Seiten Anfang des Jahres bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen hatten.

Mit der Entsendung von Otto Heipertz als Chef der neu einzurichtenden Handelsmission in Prag werden die Verbindungen zur CSSR um die Jahreswende in der Weise aufgenommen, wie sie im August 1967 durch Sonderbotschafter Bahr vereinbart wurden.

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien werden hoffentlich in absehbarer Zeit auch offiziell in die Formen gefaßt werden können, die der gegenwärtige Stand der Beziehungen erwarten läßt.

Die Bundesregierung hat mehrmals betont, sie setze den Gedanken an und den Wunsch nach Aussöhnung mit Polen gerade als Element einer europäischen Friedensordnung höher als andere Erwägungen. Kardinal Döpfner hat dieser Tage gesagt, die Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses sei die große Aufgabe der Zukunft. Ich meine: Geschichtlich gesehen wird die Aussöhnung mit Polen einmal den gleichen Rang haben wie die zwischen Deutschland und Frankreich. In Warschau ist das Denken noch sehr auf Vorbedingungen eingestellt. Wir sind bereit, über alle Vereinbarungen zu sprechen, die heute schon möglich sind.

Dank an die Außenminister der befreundeten Staaten

An dieser Stelle möchte ich einer Reihe meiner Außenministerkollegen dafür danken, daß sie bei ihren Gesprächen mit den osteuropäischen Regierungen in so verständnisvoller Weise unsere Bemühungen unterstützt haben, unser Verhältnis zu diesen Ländern auf eine neue Grundlage zu stellen. In den letzten Wochen haben u. a. der dänische Außenminister Tabor, der norwegische Außenminister Lyng, der schwedische Außenminister Nilsson und die Kollegen der Beneluxländer Luns, Harmel und Grégoire an verschiedenen Orten Gespräche mit Staatsmännern aus Osteuropa geführt und dabei auch ein Wort für die Ostpolitik der Bundesregierung eingelegt. Wenn ich das anerkennend registriere, vergesse ich nicht die vorausgegangenen Besprechungen des französischen, des britischen und des italienischen Außenministers. Wir sind zuversichtlich, daß die Erläuterung unserer Friedens- und Entspannungspolitik durch die Repräsentanten der mit uns befreundeten Staaten dazu beiträgt, das Verständnis und die Aufnahmebereitschaft für unser ehrliches Bemühen in den osteuropäischen Hauptstädten zu erweitern.

Verstärkung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit

Unsere ökonomischen Verbindungen zu den osteuropäischen Ländern entwickeln sich nicht schlecht. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer, wie wir hoffen, erweiterten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit einer weiteren Koordinierung der Osthandelspolitik wird den osteuropäischen Ländern ihr wohlverstandenes Interesse an einem sich ausdehnenden Ost-West-Handel noch stärker vor Augen führen.

Wir denken dabei auch an einen Austausch der technologischen Kenntnisse. Die Bundesrepublik Deutschland ist sowohl bilateral als auch im europäischen Rahmen an einer Verstärkung der wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und jedem einzelnen ihrer Verbündeten interessiert. Dies gilt also für die osteuropäischen Länder ebenso wie für den anderen Teil Deutschlands, den wir nicht auszuklammern wünschen, weder aus der Politik der Kooperation noch aus dem Bemühen um Entspannung.

Der Geschäftsbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung weist aus, daß sie im zurückliegenden Jahr den wissenschaftlichen Austausch mit Partnern aus den osteuropäischen Ländern verstärkt hat, Seminare durchführte, Journalisten und Führungskräfte aus der Erwachsenenbildung zu Studien- und Informationsreisen in die Bundesrepublik eingeladen hat. Ich hoffe, daß diese Arbeit ihren Fortgang nimmt und daß es auch gelingt, Studenten aus osteuropäischen Ländern in das Förderungsprogramm der Stiftung aufzunehmen.

Dabei wird es sich lohnen, die Entwicklungspolitik noch stärker in den Ost-West-Dialog einzubeziehen. Auch hier zeichnen sich seit geraumer Zeit gemeinsame objektive Interessen ab. Jedenfalls wird ein Erfahrungsaustausch von Nutzen sein. Und unsere Partner aus den Ländern der Dritten Welt müssen sehen, wie die beiden Komponenten unserer Europapolitik — West/West und Ost/West — auch ihnen nützen können.

Was wir jenseits aller Einzelmaßnahmen im Gespräch mit den osteuropäischen Ländern anstreben, ist, wie ich es vor Jahren genannt habe, eine „Perspektive gut nachbarlicher Beziehungen“. Aber wir streben darüber hinaus mehr an, nämlich eine friedliche Kooperation, die das feindselige Gegeneinander und die Zerklüftung unseres Kontinents hinter sich läßt.

Verantwortungsbewußte Deutschlandpolitik

Wenn man in diesem Zusammenhang auf die Lage Deutschlands an der Nahtstelle zwischen Ost und West hinweist, so spricht man geographisch nur eine Binsenwahrheit aus. Es ist auch politisch eine Binsenwahrheit, daß die Deutsche Frage zum Schlüsselproblem der Sicherheit und der Friedensordnung für Europa geworden ist.

Wir sind es unseren europäischen Partnern und uns selbst schuldig, die Deutschlandpolitik im Rahmen unserer Europapolitik so verantwortungsbewußt und so realistisch wie möglich zu betreiben. Wunschdenken kann ein Problem nicht lösen, sondern nur verschlimmern.

Drüben, im anderen Teil unseres Landes, existiert und herrscht ein politisches System, das unsere Zustimmung nicht findet, sondern das wir ablehnen; aber es existiert und herrscht. Wir wollen, daß nicht nur in der Erinnerung der Menschen eine gemeinsame Substanz der Nation erhalten bleibt. Wir wollen es nicht zuletzt aus Verantwortung für jene Funktion im europäischen Kräftefeld zwischen Ost und West, die für den Frieden in Europa unerläßlich ist.

Positive Vorschläge zur Milderung der Teilung

Hier geht es nicht eigentlich um die Frage: Wer anerkennt wen, und wer anerkennt wen nicht. Hier geht es um die Menschen und um den Frieden. Wir haben gute Gründe dafür, warum wir den gegenwärtigen Zustand nicht völkerrechtlich festschreiben lassen und weshalb wir den anderen Teil Deutschlands nicht als Ausland anerkennen. Wir haben positive Vorschläge gemacht, wie man weiterkommen könnte, indem man ausklammert, worüber eine Einigung nicht zu erzielen ist und sich auf die Bereiche gemeinsamer Interessen konzentriert. Ich meine, auch die Verantwortlichen drüben unter dem anderen politischen System werden sich auf die Dauer nicht der Erkenntnis verschließen können, was von den Deutschen in beiden Teilen Deutschlands erwartet wird: nämlich damit anzufangen, innerhalb ihrer eigenen Nation friedlich nebeneinander zu leben, verträglich miteinander zu verkehren, den Menschen nicht unnötige Lasten aufzubürden und den Frieden in Europa nicht zu gefährden, sondern ihn sicherer zu machen.

Als die deutsche Republik nach 1918 unter anders gearteten Umständen als heute um den nationalen Bestand besorgt war, sprach Friedrich Ebert etwas aus, was heute wieder von einer geradezu beklemmenden Aktualität ist: „Niemand soll“, sagte er damals, „in den Verband der deutschen Republik gezwungen werden, aber es soll auch niemand mit Gewalt von ihr getrennt werden, den es zu ihr zieht und drängt. Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen, nach innen und außen“.

Wenn die Deutschen in beiden Teilen ihres Landes die Möglichkeit erhalten, im Interesse der

Menschlichkeit, des Friedens und der materiellen Wohlfahrt zusammenzuarbeiten, so wird dies nicht nur auf die Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern eine positive Wirkung haben. Es wird die gesamteuropäische Entwicklung günstig beeinflussen.

Europäische Zusammenarbeit, Verständigung und Einigung

Wer die Bemühungen um eine solche Europapolitik als naiv oder illusionistisch abtun oder als aussichtslos aufgeben möchte, würde auf den deutschen Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung überhaupt verzichten. Er würde dem deutschen Volke gerade das nehmen, was es ohne Überheblichkeit wieder wahrzunehmen hat: seine historisch notwendige Funktion zwischen Ost und West. Wer das nicht sieht oder leugnet, führt unser Volk in die Isolierung und in die politische Impotenz.

Die Waffenentwicklung in der Welt spricht eine deutliche Sprache. Es gibt keinen anderen Weg als den friedlichen. Unsere Gedanken eilen der Zeit nur wenig voraus. Sie werden sich durchsetzen, auch drüben im Osten.

Wir sind nicht allein mit unserem Willen zur Entspannung, zur Verständigung und zur Zusammenarbeit. Mit uns sind die westeuropäischen Völker, die ebenso wie wir, aus dem Schrecken der Vergangenheit eine positive Schlußfolgerung gezogen haben. Aber auch im Osten gibt es viele, die der Schlußfolgerung zustimmen, die da heißt: europäische Zusammenarbeit, europäische Verständigung, europäische Einigung.

Diese Einsicht hat in unserem Teil des Kontinents bereits greifbare Ergebnisse aufzuweisen. Nur auf der Grundlage eines gemeinsamen, sich ausweitenden europäischen Marktes können wir an die Aufgaben herangehen, die Wissenschaft und Technologie uns für die kommenden Jahrzehnte vorbehalten haben. Wie immer die Formen der Zusammenarbeit sich gestalten mögen: dies ist eine Aufgabe, der wir uns auch über die Ost-West-Trennung hinweg zu stellen haben.

Der Weg nach Europa

Die hochindustrialisierten Länder Europas sind verpflichtet und werden in der Lage sein, den unterentwickelten Ländern den Weg zum wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg rascher als bisher zu öffnen. Wir laden die Regierungen der osteuropäischen Länder — allen voran die Regierung der Sowjetunion — ein, sich für dieses Ziel mit uns im friedlichen Wettstreit zu vereinen. Die tiefe Unruhe in der Welt, die latente Gefahr eines aus dem Nord-Süd-Gefälle erwachsenden Weitbürgerkrieges stellt uns alle, in Osteuropa und in Westeuropa, vor diese historische Verantwortung.

Abschließend darf ich noch einmal auf jene Zeit zurückblenden, in der Friedrich Ebert ein Beispiel dafür gesetzt hat, was es heißt, deutsche Politik in europäischer Verantwortung zu gestalten. Die Gewaltherrschaft, die er heraufkommen sah, sollte ihn durch ihre obskuren rechtsradikalen Vorboten zur Strecke bringen. Sein Wunsch, in Ruhe in den „rauschenden Wäldern“ in der Umgebung von Heidelberg zu wandern, sollte nicht in Erfüllung gehen. Der Weg nach Europa, den die führenden Männer von Weimar dem deutschen Volke vorgezeichnet hatten, sollte 1933 auf böse Weise unterbrochen werden. Ebert hat am eigenen Leibe erfahren, wie Fanatismus und Intoleranz das Gefühl der Verantwortung zerstören. Aber zu keinem Zeitpunkt hat er auf eine optimistische Deutung des Auftrages verzichtet.

1920 war er zum Besuch der Bildergalerie nach Karlsruhe gekommen. Der engere Landsmann und große Maler, Hans Thoma, erschien zum Empfang. Mit Stolz zeigte Thoma den Saal mit seinen Gemälden und sagte: „Schauen Sie — meine Welt, Herr Reichspräsident, so habe ich sie gesehen.“ — „Ja, Meister Thoma“, gab ihm Ebert zur Antwort, „so strahlend sieht das Kunstwerk des Staates denn doch nicht aus; diese Vollkommenheit fehlt ihm noch. Aber — wir stehen ja erst im Beginn, und einmal werden Staaten da sein, wie ihre Werke — ruhig und friedvoll...“.

Davon sind wir weit entfernt. Das erleben wir gerade wieder am Beispiel der bedrohlichen Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland. Aber wenn man nicht nur lamentieren und auch nicht nur hoffen will, dann muß man den Frieden in unserem Teil der Welt organisieren helfen. Dem dient die Europapolitik,



die ich hier entwickelt habe.